Rechtsprechung

Arbeitsrecht

§ 4 GVG; § 24 KKO.

Für die Klärung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Partnern eines Arbeitsrechtsverhältnisses über den Inhalt einer vom Betrieb nach § 96 SVO abgegebenen Bescheinigung sind nicht die Organe der Sozialversicherung, sondern die gesellschaftlichen und staatlichen Gerichte zuständig.

OG, Urteil vom 29. Januar 1982 - OAK 32/81.

Der Verklagte war beim Kläger seit Januar 1946 als Handwerker, Normierer, Arbeitsvorbereiter und Meister tätig. Seit Mai 1967 arbeitet er im Instandhaltungsbereich unter Tage.

Mit der Behauptung, er habe unter Einrechnung seiner Tätigkeit in den Jahren 1946 bis 1948 15 Jahre unter Tage gearbeitet, hat der Verklagte beim Kreisvorstand des FDGB — Verwaltung der Sozialversicherung — beantragt, ihm ab 1979 die Bergmannsvollrente zuzuerkennen. Da der Kläger in einer der Sozialversicherung übergebenen Bescheinigung eine Untertagetätigkeit des Verklagten in den Jahren 1946 bis 1948 nicht bestätigt hat, haben die Kreisbeschwerdekommision für Sozialversicherung und auch die Bezirksbeschwerdekommision den Antrag des Verklagten abgelehnt. Beide Kommissionen sind bei ihren Entscheidungen davon ausgegangen, daß eine 15jährige Tätigkeit unter Tage nicht nachgewiesen sei.

Der Verklagte hat daraufhin bei der Konfliktkommission beantragt, ihm für die Zeit von 1946 bis 1948 Untertagetätigkeit anzuerkennen. Die Konfliktkommission hat die Arbeit des Verklagten in den Jahren 1946 bis 1948 als überwiegende Untertagetätigkeit bestätigt und ausgesprochen, daß dem Verklagten ab 1. Mai 1979 die Bergmannsvollrente zustehe.

Gegen diesen Beschluß hat der Betrieb Einspruch eingelegt. Er hat beantragt, den Beschluß aufzuheben und den Antrag des Verklagten abzuweisen, weil für die Anerkennung von Untertagetätigkeit im Sinne der §§ 33 ff. RentenVO allein die Organe der Sozialversicherung zuständig seien.

Das Kreisgericht hat den Beschluß der Konfliktkommission aufgehoben und den Antrag des Verklagten auf Feststellung des Inhalts seines Arbeitsrechtsverhältnisses in den Jahren 1946 bis 1948 abgewiesen.

Der Generalstaatsanwalt der DDR hat die Kassation dieser Entscheidung beantragt. Der Antrag hatte Erfolg.

Aus der Begründung:

Dem Kassationsantrag ist darin zuzustimmen, daß das Kreisgericht mit seiner Entscheidung § 4 GVG und § 24 KKO unrichtig angewendet hat. Es hat zwar zutreffend erkannt, daß über einen Anspruch auf eine Leistung der Sozialversicherung die zuständigen Organe der Sozialversicherung (Kreisvorstand des FDGB — Verwaltung der Sozialversicherung — und im Einspruchsverfahren die Kreis- und Bezirksbeschwerdekommisionen für Sozialversicherung des FDGB) zu entscheiden haben. Die Konfliktkommission hätte daher auch nicht aussprechen dürfen, daß dem Verklagten ab 1. Mai 1979 die Bergmannsvollrente zustehe.

Der Kern des vom Verklagten der Konfliktkommission und dem Kreisgericht zur Entscheidung unterbreiteten Anliegens war aber nicht die gerichtliche Zuerkennung von Leistungen der Sozialversicherung, sondern die Überprüfung der Richtigkeit der vom Kläger an die Organe der Sozialversicherung gegebenen Bescheinigung über Zeiten der Untertagetätigkeit des Verklagten.

Bescheinigungen der Betriebe, zu deren Abgabe sie nach § 96 SVO verpflichtet sind und die die Organe der Sozialversicherung ihren Entscheidungen über geltend gemachte Leistungen zugrunde legen, beinhalten in der Regel Auskünfte aus einem Arbeitsrechtsverhältnis zwi-

schen dem Werk tätigen und dem Betrieb, wie z. B. im gegebenen Fall die Auskunft über die Art der Beschäftigung des Verklagten in den Jahren 1946 bis 1948. Ergeben sich zum Inhalt der vom Betrieb auszustellenden Bescheinigung Meinungsverschiedenheiten, weil der Werk tätige die Vollständigkeit der Auskunft bzw. deren Richtigkeit bezweifelt, dann ist dies kein Streit, der von den Organen der Sozialversicherung zu klären ist. In solchen Fällen handelt es sich nicht um eine strittige Leistung der Sozialversicherung. Die Ausstellung von betrieblichen Bescheinigungen über ausgeführte Tätigkeiten des Werk tätigen liegt allein im Aufgaben- und Verantwortungsbereich des Betriebes. Macht ein Werk tätiger geltend, die Bescheinigung gebe die von ihm ausgeübte Tätigkeit bzw. den Zeitraum hierfür nicht richtig wieder, so ist dies ein Streitfall zwischen dem Werk tätigen und dem Betrieb aus dem Arbeitsrechtsverhältnis, zu dessen Klärung die gesellschaftlichen und staatlichen Gerichte angerufen werden können.

Das entspricht im übrigen auch der Praxis bei der Anerkennung von Dienstzeiten in anderen Bereichen. Die Unzuständigkeit der Beschwerdekommision für Sozialversicherung für Einsprüche, die sich gegen die Festsetzung der Dienstzeiten für Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn bzw. der Deutschen Post richten, ist in Ziff. 10 Buchst. c der Richtlinie des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB über die Wahl, Aufgaben und Arbeitsweise der Beschwerdekommisionen für Sozialversicherung des FDGB — Anlage zum entsprechenden Beschluß des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB — vom 21. Februar 1978 (GBl. I Nr. 8 S. 109) sogar ausdrücklich festgelegt.

Das Kreisgericht hat die zu beachtende Rechtslage nicht erkannt und dem Verklagten damit die einzige rechtliche Möglichkeit versagt, die Richtigkeit seines Vorbringens feststellen zu lassen. Es hätte vielmehr auf eine sachdienliche Antragstellung durch den Verklagten hinwirken sollen, das Vorliegen überwiegender Untertagetätigkeit nach den sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen in der Zeit von 1946 bis 1948 festzustellen. Nach Aufhebung seiner Entscheidung wird es das nunmehr nachzuholen haben. Nach dem Ergebnis der Sachaufklärung wäre dann über den Antrag zu entscheiden.

Familienrecht

§ 152 Abs. 2 ZPO.

Enthält eine Berufung keinen konkreten Antrag und keine eindeutige Begründung, ist der Berufungskläger aufzufordern, die Berufung zu ergänzen. Eine bereits angekündigte Begründung der Berufungsanträge ist abzuwarten; dazu ist dem Berufungskläger ggf. eine Frist zu setzen.

OG, Urteil vom 17. November 1981 - 3 OFK 37/81.

Während ihrer Ehe haben die Prozeßparteien ein mit einem Einfamilienhaus bebaut Grundstück gekauft. Die hierfür erforderliche Kaufsumme in Höhe von 24 600 M haben die Eltern des Verklagten aufgebracht.

Im Verfahren wegen Verteilung des gemeinschaftlichen Eigentums und Vermögens hat die Klägerin beantragt, dem Verklagten das Alleineigentum am Grundstück zu übertragen und ihr einen Erstattungsbetrag zuzusprechen. Aus der schriftlichen Klageerwiderung ist zu entnehmen, daß sich der Verklagte mit der Übertragung des Grundstücks in sein Alleineigentum einverstanden erklärte, jedoch die Zahlung eines Erstattungsbetrags ablehnte.

Das Kreisgericht hat das Grundstück in das Alleineigentum des Verklagten übertragen und diesen zur Zahlung eines Erstattungsbetrags an die Klägerin in Höhe von 12 300 M in monatlichen Raten von 230 M verurteilt.